

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Mord an Journalistenehepaar

Am 11. Februar 2012 wurde das Journalistenehepaar Meherun Runi, Reporterin bei ATN Bangla, und Sagar Sarowar, Nachrichtenredakteur beim *Masranga TV*, erstochen in ihrer Wohnung in Dhaka aufgefunden. Die Hintergründe der Tat sowie die Identität der Täter waren bis Mitte April unklar. Vertreter der Presse zeigten sich entsetzt über den Tod des Paares, das ein Kind hinterlässt. In verschiedenen Landesteilen fordern Journalisten seitdem die Verhaftung der Mörder und rufen in allen Fällen von Gewalt an Journalisten nach härterer Strafverfolgung. Vereinzelt kam es zu Hungerstreiks. Das Ehepaar war erst im vergangenen Jahr nach einem dreijährigen Aufenthalt in Deutschland nach Bangladesch zurückgekehrt. In Deutschland war Sagar Sarowar als Journalist für die Deutsche Welle in Bonn tätig. Am 6. März 2012 bildeten in Deutschland lebende Bangladeschis sowie Mitarbeiter der Deutschen Welle eine Menschenkette auf dem UN-Campus in Bonn. Sie forderten die Vereinten Nationen auf, Bangladesch bei der Erfassung der Mörder zu unterstützen.

Bericht zu Gewalt gegen Pressevertreter

Die amerikanische Nichtregierungsorganisation *Committee to Protect Journalists* (CPJ) verkündete Ende Mai, dass Bangladesch für Presseleute zu den gefährlichsten Ländern weltweit zähle. Aktueller Anlass der Meldung war der Angriff auf die Internet-Redaktion *bdnews24.com* in Dhaka, bei dem neun Journalisten mit Macheten verletzt worden sind. Insgesamt zwölf Journalisten sind, so CPJ, seit 1992 in Bangladesch ums Leben gekommen.

Für Mädchenrechte den Mount Everest bestiegen

Nishat Majumder aus Bangladesch schrieb am 19. Mai Geschichte: Als erste Bangladeschi erklimmte sie den höchsten Berg der Welt. Die 31-Jährige, die aus einem der flachsten Länder der Welt kommt, erfüllte sich mit der Besteigung des Mount Everest einen Lebensstraum. Im Jahr 1975 erreichte die erste Frau überhaupt den Gipfel, vor zwei Jahren bezwang Ibrahim Musa als erster Mann aus Bangladesch den Mount Everest. Die Sportlerin Majumder widmete ihren Erfolg der Kampagne *Because I am a Girl* der Or-

ganisation Plan, welche auf die Rechte von Mädchen aufmerksam machen will. Premierministerin Sheikh Hasina gratulierte Majumder zu ihrem sportlichen Erfolg.

Massenproteste gegen die Regierung

Zehntausende Menschen haben Angaben der bangladeschischen Tageszeitung *Daily Star* zufolge am 12. März 2012 dafür demonstriert, die Verfassungsregelung wieder herzustellen, die eine Übergangsregierung zwischen zwei Legislaturperioden vorsieht. Im vergangenen Jahr hatte die Regierung unter Premierministerin Sheikh Hasina von der *Awami League* die 15 Jahre alte Regelung abgeschafft, nach der eine parteipolitisch neutrale Übergangsregierung drei Monate vor jeder Parlamentswahl die Amtsgeschäfte übernimmt. Die weltweit einmalige Regelung in der Verfassung Bangladeschs sollte die Durchführung freier und fairer Wahlen begünstigen, frei von politischer Einflussnahme durch Regierungsvertreter. Im Rahmen der von der *Bangladesh Nationalist Party* organisierten Demonstration warnte Oppositionsführerin Khaleda Zia vor Wahlbetrug bei den Parlamentswahlen Anfang 2014. Die Demonstranten forderten in der Hauptstadt Dhaka auch den Rücktritt der Regierung und sofortige Neuwahlen. Vertreter der Zivilgesellschaft kritisierten, dass im Vorfeld und während des Massenprotests zahlreiche Anhänger der Opposition festgenommen wurden. Zudem konnten drei private Fernsehsender nicht von der Demonstration berichten. Medienberichten zufolge wurde ihnen dies von staatlicher Stelle untersagt. Die Regierung bestreitet diese Darstellung. Der Herausgeber des *Daily Star*, Mahfuz Anam, sprach von einer „moralischen Niederlage“ der von der *Awami League* geführten Regierung, da sie demokratischen Spielregeln nicht gerecht werde. Die BNP-Vorsitzende Khaleda Zia kündigte indes an, dass die Proteste ausgeweitet würden, sollte sich die Regierung zu den Forderungen der Opposition nicht Gesprächsbereit zeigen.

Preis für Reis steigt

Die Preise für Reis steigen in vielen Entwicklungsländern, auch in Bangladesch. Die Regierung Bangladeschs hat angekündigt, bis Ende Juni 2012 doppelt so viel wie bislang geplant von dem Grundnahrungsmittel

zu importieren, um Panikkäufe abfedern zu können. Mitte März unterzeichnete Bangladesch einen Vertrag mit Thailand, der vorsieht, in 2012 und 2013 jährlich bis zu einer Millionen Tonnen Reis zu importieren. Experten zufolge ist mit einem weiteren Preisanstieg für Reis zu rechnen. In Bangladesch hat der Reispreis laut der Welternährungsorganisation FAO im Dezember 2011 einen Rekord erreicht, nachdem er sich seit 2010 um über 40 Prozent gesteigert hatte. Der starke Anstieg des Reispreises sowie der Preise für andere Nahrungsmittel verschlimmert die Armutssituation in Bangladesch, da sich viele Menschen selbst Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten konnten. Am stärksten betroffen sind die ärmsten Familien, die bis zu 80 Prozent ihrer Einnahmen in Grundnahrungsmittel investieren müssen.

Militärputsch vereitelt

Bangladeschs Armee hat einen Putschversuch aus den eigenen Reihen gegen Premierministerin Sheikh Hasina vereitelt, berichtete Armeesprecher Brigadegeneral Muhammad Masud Razzaq auf einer Pressekonferenz im Januar 2012 in Dhaka. Hinter dem geplanten Staatsstreich steckten bis zu 16 Militärangehörige mittleren Ranges, die unter Arrest gestellt worden sind. Zwei Offiziere sind festgenommen worden. Die Hintergründe des geplanten Coups sind bisher unklar, ebenso wie die von verschiedenen Medien behaupteten Verbindungen zu islamistischen Gruppen.

Tote bei Fährunglück

Am 13. März 2012 sind über 150 Menschen bei einem Fährunglück, rund 30 Kilometer südlich der Hauptstadt Dhaka, ertrunken. Die Fähre war auf dem Fluss Meghna unterwegs nach Shariatpur, im Süden des Landes, als sie mit einem Lastkahn kollidierte und sank. Zur Zeit des Unglücks waren rund 200 Personen an Bord. In Bangladesch, wo die Schifffahrt eine wichtige Verbindung für Reisende zwischen der Hauptstadt Dhaka und dem Süden des Landes darstellt, kommt es immer wieder zu Fährunglücken mit vielen Todesopfern. Die Schiffe sind oft überfüllt und verfügen über keine adäquaten Sicherheitsvorkehrungen.

Verschwinden von Personen

Die Menschenrechtsorganisation *Ain o Salish Kendra* (ASK) erklärte auf einer Pressekonferenz im Januar 2012, dass die Fälle von „Verschwindenlassen“, unter

anderem Fälle von Entführungen auf offener Straße, Abholungen zu Hause oder Festnahmen bei Demonstrationen, zugenommen haben. *Amnesty International* zufolge spricht man von Verschwindenlassen, „wenn Sicherheitskräfte Menschen gefangen nehmen oder entführen, aber die Festnahme nicht bestätigen oder Informationen über den Verbleib des Opfers verweigern. Vor allem Oppositionelle werden so von einem Tag auf den anderen aus ihrer Umgebung gerissen“. Das Ergebnis: die betroffenen Personen bleiben oftmals spurlos verschwunden, ohne Angaben zu ihrem Verbleib oder Aussicht auf Freilassung. Die ASK-Geschäftsführerin Sultana Kamal verwies während der Pressekonferenz darauf, dass es vielfache Angaben über Verwicklungen staatlicher Sicherheitskräfte, insbesondere der paramilitärischen Einheit *Rapid Action Battalion* (RAB), beim Verschwinden von Personen gebe. Die Sicherheitsbehörden würden sich unwillig zeigen, die Vorfälle zu untersuchen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Das RAB wird seit seiner Gründung im Jahr 2004 von Menschenrechtsorganisationen weltweit, darunter *Amnesty International* und *Human Rights Watch*, vor allem für extralegale Hinrichtungen kritisiert. Die Einheit soll Berichten von Menschenrechtsorganisationen zufolge bereits über 1.000 Menschen getötet haben.

Seegrenze zu Myanmar

Am 14. März 2012 entschied der Internationale Seegerichtshof in Hamburg über die umstrittene Seegrenze zwischen Myanmar und Bangladesch im Golf von Bengalen. Die Regierung Bangladeschs zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ergebnis. „Das ist ein großer Tag für Bangladesch. Wir haben alle unsere strategischen Ziele erreicht“, zitiert die Tageszeitung *Daily Star* Außenministerin Dipu Moni. Nun bestehe Rechtssicherheit und die Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen könne beginnen, so die Außenministerin. Bangladesch und Myanmar hatten mit dem Verfahren Rechtssicherheit über den Grenzverlauf angestrebt, um die Meeresgebiete ohne Einschränkungen nutzen zu können. In den strittigen Gebieten werden große Vorkommen natürlicher Ressourcen vermutet, die beide Staaten ausschöpfen wollen. Die beiden Länder haben sich vor dem Verfahren verpflichtet, die Entscheidung des Internationalen Seegerichtshofs anzuerkennen und damit den Streit beizulegen. Die bangladeschische Regierung hofft nun auch im Streit um die Seegrenze mit Indien auf einen positiven Ausgang. Hierzu wird bis spätestens Ende 2014 mit einem Schiedsspruch im Verfahren beim Ständigen Schiedshof in Den Haag gerechnet.